

Aktuelle Debatte über die marode Infrastruktur Großbritanniens

Fluch des Vorreiters

Plötzlich war es dunkel. Der Stromausfall am größten europäischen Flughafen Heathrow löst eine Debatte über die marode Infrastruktur Großbritanniens aus, dessen Probleme mit Deutschland vergleichbar sind. Das geht bei hohen Stromkosten durch den Ausbau erneuerbarer Energien los. Die Insellage sollte für Windkraft günstig sein. Nun stellt man fest, daß Großwetterlagen schwanken. Das deutsche Wort „Dunkelflaute“ ist im englischen Vokabular angekommen. Das Stromnetz konnte nur durch teuren norwegischen und französischen Importstrom gerettet werden. Deindustrialisierung folgt, weil Strom in Spitzen teurer ist als in Deutschland. Wer früh mit Erneuerbaren experimentierte, bekommt auch ihre Kosten eher zu spüren als Nachzügler.



von
Thomas Kirchner

„Gewinner des Debakels werden die Anwälte sein, die jahrelange Rechtsstreits zur Haftung austragen.“

Jahrelang herrschte die Meinung vor, Tory-Regierungen hätten Großbritannien kaputtgespart. Nirgendwo schien dies offensichtlicher zu sein als im staatlichen Gesundheitssystem (NHS), dessen Wartelisten weltweit Schlagzeilen schrieben. Das neue Labour-Kabinett wollte alles besser machen und mit einem Ausgabenprogramm das Land auf Wachstum umstimmen. Der Plan muß nun in der Schublade verschwinden, denn der Regierung von Keir Starmer ging schon im ersten Jahr das Geld anderer Leute aus, wie Margaret Thatcher es einst formulierte. Denn die Probleme liegen tiefer. Die Konservativen erhöhten die NHS-Ausgaben, seit 2015 real um ein Viertel, und stellten mehr Personal ein. Doch der Zuwachs an Medizinern führte nicht zu einem entsprechenden Anstieg der Behandlungen. Kurz: Die Produktivität des NHS-Systems sank. Seit dem Regierungswechsel fordert Labour plötzlich mehr Effizienz. Eine Reihe von organisatorischen Umstrukturierungen soll für Entbürokratisierung sorgen.

Nicht ganz klar ist, ob der Gesinnungswandel auf Einsicht oder Geldmangel zurückgeht.

Die akuten Probleme sind die gleichen wie in Deutschland: Bürokratie, mangelnde Digitalisierung, ein Nachfrageschock durch die hohe Zuwanderung. Doch eine noch tiefere Ursache ist der Ursprung der Infrastruktur in den westlichen Industrienationen in der industriellen Revolution, der Modernisierung verteuert und kompliziert. Während das lang unterentwickelte China Nagelneues unkompliziert aus dem Boden stampfen kann, kämpft man im Westen mit Infrastruktur, die während der Erneuerungsarbeiten weitergenutzt werden muß. Das verlangsamt den Prozeß und läßt die Kosten explodieren.

Staaten wie Unternehmen haben das gleiche Dilemma. Als erster neue Technik einzusetzen verschafft zwar einen Vorteil, wird aber zum Fluch. Denn die Nachzügler installieren die dann neueste Technik, während die Vorreiter auf zu dem Zeitpunkt schon veralteten Systemen sitzen. Banken kennen das Problem und werden wegen ihrer chronisch veralteten Datenverarbeitung belächelt – die sie einst als Vorreiter installierten. Komplexe, veraltete Systeme durch neue zu ersetzen ist teuer und schlägt oft fehl, wie die Integration der Postbank in die Deutsche Bank zeigt.

Inzwischen stellt sich heraus: Die Flughafenschließung war wohl gar nicht nötig. Der Netzbetreiber verweist auf zwei andere Spannungswerke, die genug Strom für den Weiterbetrieb liefern konnten. Die britische Infrastruktur ist offenbar doch nicht so marode, wie Unkenrufe behaupteten. Vielmehr scheint die schlagartige Umstellung der Versorgung die Ursache der Ausfälle zu sein. Gewinner des Debakels werden die Anwälte sein, die jahrelange Rechtsstreitigkeiten zur Haftung austragen.

Hamburger Unternehmer Michael Otto verteidigt das Lieferkettengesetz

Grünradikale Milliardäre

Von **Jörg Fischer**

Angesichts des Ampel-Chaos überraschte es einige, daß SPD, Grüne, Linke und Volt bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg erneut eine Zweidrittelmehrheit erreichten. Doch der reichste Stadtstaat ist nicht nur die Heimat von Spiegel, Stern und Luisa Neubauer aus dem Hause der Reemtsma-Erben. Der Multimilliardär Michael Otto erklärt ebenfalls exemplarisch das woke Wahlergebnis. Dabei ist der 81jährige Erbe des Versandhauses Otto keineswegs „links“ oder gar „sozial“ eingestellt, wie 2011 der ARD-Dokumentarfilm „Das Hermes-Prinzip“ über Lohndumping und Subunternehmer in der Zustellerbranche zeigte.

Doch anders als Jeff Bezos von Amazon glaubt Otto wirklich an die CO₂-Klimakatastrophe und grünradikale Regulierungen. Seit Jahrzehnten investiert er Millionen in diverse Klima- und Umweltstiftungen oder „grüne“ NGOs. „Wir sind wertgetrieben“, bekannte jüngst Alexander Birken, seit 2017 Chef des Otto-Konzerns. Auch wenn das viel kostet, teure Bürokratie schafft, die Preise erhöht und Mittelständler die Existenz kosten kann: „Vom Grundsatz ist es richtig, daß wir das Lieferkettengesetz haben und auch brauchen“, erklärte Otto nun in ei-

nem dpa-Interview. „Wir müssen aufpassen, daß wir nicht eine Rolle rückwärts machen und glauben, wir müssen alles verschieben, streichen, ändern.“ Denn die EU-Kommission hat angesichts der Deindustrialisierung und des Rechtsrutsches bei der Europawahl mit ihrem „Clean Industrial Deal“ ein vorsichtiges Umdenken angekündigt. Und die neue Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Helena Melnikov, hält das vom letzten Merkel-Kabinett eingeführte Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) sogar für überflüssig – die EU-Regulierung sei schon viel zu weitgehend, so die in Usbekistan geborene und nicht mit einem goldenen Löffel aufgewachsene Juristin im Deutschlandfunk.

Aber der Überzeugungstäter Michael Otto ist keineswegs ein Enfant terrible unter deutschen Milliardären: Die Stiftung Mercator, die auf dreistellige Millionengelder von Erben der Handelsfamilie Schmidt-Ruthenbeck (Metro) zurückgreifen kann, initiierte 2012 – zusammen mit gleichgesinnten Philantropen aus den USA und Europa – die Solar- und Windkraft-Lobbyorganisation Agora Energiewende, die nicht erst unter Robert Habeck zur Höchstform aufief.



FOTO: © AIRBUS HELICOPTERS / ANTHONY PECCHI

Airbus-Militärhubschrauber der Cougar-Baureihe: Am Aufrüstungspapier „Abhängigkeit oder Selbstbehauptung: Deutschlands und Europas Rolle im 21. Jahrhundert entscheidet sich jetzt“ haben zwei Spitzenmanager mit engen Beziehungen zum Airbus-Konzern entscheidend mitgearbeitet

Die Ausnahme wird zur Regel

Reform der Schuldenbremse: Zahlungsverchiebung zu Lasten zukünftiger Generationen

DIRK MEYER

Eine keineswegs sichere zukünftige Koalition hat die Mehrheit des alten Bundestages genutzt, um die Finanzverfassung grundlegend neu zu justieren, was mit dem neu gewählten Bundestag so nicht hätte stattfinden können. Das Bundesverfassungsgericht entschied in zwei Eilverfahren, daß der alte Bundestag laut Artikel 39 GG dazu befugt und auch die Kurzfristigkeit der angesetzten Abstimmung aufgrund der geringen Komplexität der Rechtsänderung rechtmäßig war.

Das eigentliche Problem war jedoch die Paketlösung, die ausschloß, in getrennten Abstimmungen zu entscheiden – es ging um: (a) die Bereichsausnahme Verteidigung, mit der alle Rüstungsausgaben über ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) kreditfinanziert nicht unter die Schuldenbremse fallen; (b) das „Sondervermögen Infrastruktur“ (500 Milliarden Euro) und (c) 0,35 Prozent des BIP als mögliche jährliche Neuverschuldung der Länder.

Kurz- und mittelfristig wirkende Schlüsselprogramme verlangt

Mit dem Auslaufen des neuen Sondervermögens 2036 könnten diese drei Kredit-Öffnungsklauseln Zusatzschulden von 1.713 Milliarden Euro bewirken – ohne Zinsen, die bei drei Prozent etwa 365 Milliarden Euro ausmachen würden. Hinzu kämen jährlich weitere 0,35 Prozent des BIP, die als strukturelle Neuverschuldung des Bundes gemäß Artikel 109 Abs. 3 GG bereits heute möglich sind. Rechnerisch entstünden im Durchschnitt jährlich 186 Milliarden Euro (4,3 Prozent des BIP) an Neuverschuldung. Weder die aktuellen EU-Fiskalregeln, die ein strukturelles Defizit von 0,5 Prozent des BIP erlauben, noch der Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 3,0 Prozent des BIP wären damit einzuhalten. Insofern setzt der Gesetzgeber indirekt eine Lockerung der EU-Schuldenregel voraus.

Der Hintergrund des teuren Kompromisses war die Notwendigkeit, die Interessen von Union und SPD, den Grünen sowie der Länder unter einen Hut zu bringen. Dabei konnten die Grünen ihre Machtposition ausspielen, indem sie nicht nur 100 Milliarden Euro für zusätzlichen Klimaschutz abzweigten, sondern mit Artikel 143h GG das Klimaneutralitätsziel für 2045 einfügten, an dem sich zukünftige Investitionen – notfalls gerichtsrest – messen lassen müssen. Denkart wäre der Stopp

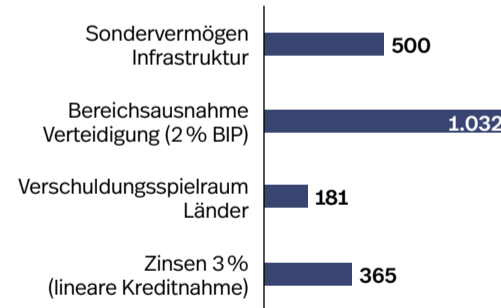
eines Autobahnbaus oder die Pflicht zu „grünem“ Stahl und Zement unter Bezug auf vermeintliche „Klimaneutralität“.

Auch gibt die Höhe der Kreditausnahmen Anlaß zur Diskussion. Hier weniger die des Sondervermögens Infrastruktur, denn das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) kalkulierte bereits 2019 einen Modernisierungsbedarf bis 2030 von 450 Milliarden Euro. Vielmehr hinterläßt die Entstehung der Bereichsausnahme Verteidigung Fragezeichen. Zunächst als „Sondervermögen Bundeswehr II“ geplant, wurde mit 400 bis 500 Milliarden Euro kalkuliert, mit dem Verteidigungsausgaben über das nächste Jahrzehnt von 3,5 Prozent des BIP finanziert werden sollten (2024: 2,12 Prozent). Die Zahlen stammen aus einem Hintergrundpapier einer Beratergruppe um Moritz Schularick (IFW Kiel), Tom Enders (Ex-Chef von Airbus und Atlantik-Brücke), René Obermann (Airbus-Aufsichtsrat, Ex-Telekom-Chef) und der Risikokapitalunternehmerin Jeannette zu Fürstenberg (US-Firma General Catalyst, La Famiglia Berlin).

Darin fordern sie kurz- bzw. mittelfristig wirkende Schlüsselprogramme, die im militärischen Sinne eine „asymmetrische Überlegenheit“ schaffen sollen, konkret eine „Überlegenheit auf dem modernen Gefechtsfeld“. Denn „Europas Sicherheit“ basiere „nicht nur auf diplomatischem Willen, sondern auf militärischer Abschreckung und Kriegstüchtigkeit“. Doch das Grundgesetz kennt nur die „Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ (Artikel 87a). Leistet die jetzt installierte unbegrenzte Verschuldungsfähigkeit für Verteidigungszwecke einem teuren, ineffizienten und gefährlichen Rüstungswettlauf Vorschub – nicht zuletzt im Interesse der Rüstungsindustrie? Der Airbus-Konzern liefert nicht nur Zivilflugzeuge und Raumfahrtkomponenten, sondern auch Militärtechnik.

Kalkulation einer möglichen Neuverschuldung bis 2036

Einzelne Kreditvolumen in Milliarden Euro



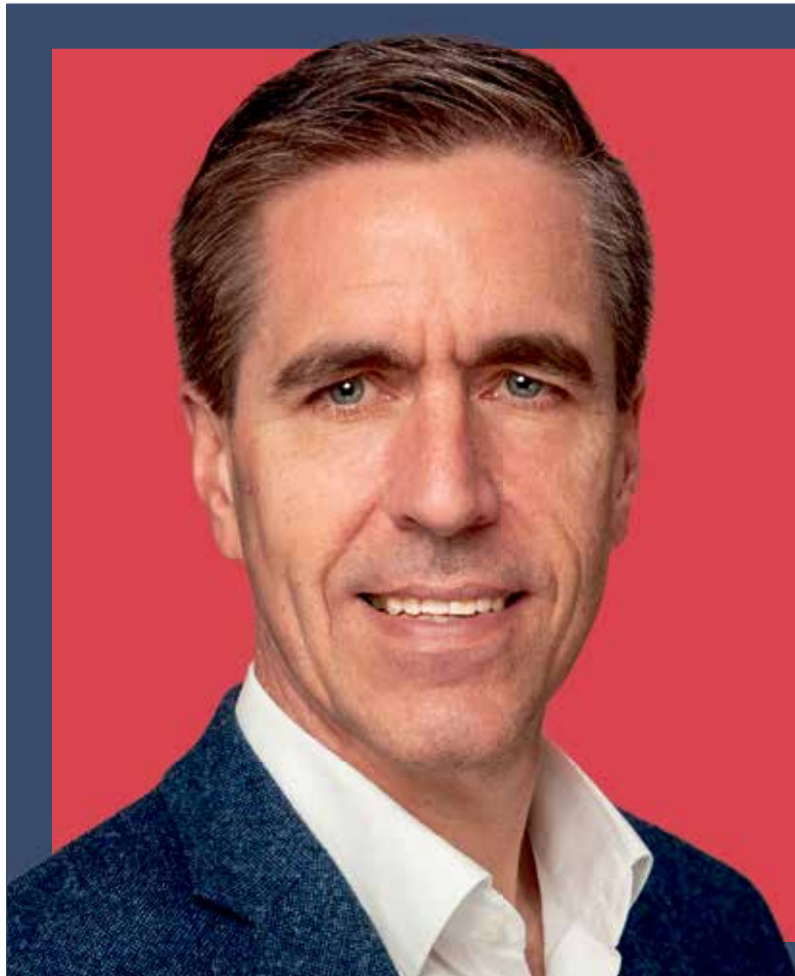
Die Verteidigung zählt zu den klassischen Kernaufgaben des Staates. Deshalb ist sie aus Steuereinnahmen bzw. Haushaltsumschichtungen zu finanzieren. Als mögliche Prüfpositionen könnten die Finanzhilfen/Subventionen (127 Milliarden Euro), Arbeitslosengeld II/Bürgergeld (38 Milliarden Euro) sowie der Bereich Flüchtlinge und Asyl (Bund 28 Milliarden Euro; Länder sechs Milliarden Euro) dienen. Eine zeitweilige Kreditfinanzierung wäre nur vertretbar, wenn eine kurzfristige, unerwartete Notlage eintritt – also eine kurzfristig eintretende Bedrohungslage oder gar ein akuter Kriegsfall. Eine dauerhafte Änderung der Defizitgrenzen läßt sich hingegen nicht rechtfertigen.

Je grundlegender das Vorhaben, desto prekärer die Vorbereitungen

Indem die Kredite „für Investitionen in die Infrastruktur“ (Artikel 143 h Abs. 1 GG) auch Ersatzinvestitionen mit neuen Krediten finanzieren, würde die kommende Generation doppelt belastet: Sie erbt die Schulden, mit denen eine Brücke ursprünglich gebaut wurde und sie erbt die Schulden, mit denen diese Brücke jetzt durch eine neue ersetzt wird. Sie erbt also die Schulden von zwei Brücken im Gegenwert von einer Brücke. Auch wird bei einer Kreditaufnahme für Reparaturen an Straßen gegen die Generationengerechtigkeit verstoßen, da ein Verbrauch vorliegt. Die Grundgesetz-Änderungen leisten einer Lastverschiebung zuungunsten zukünftiger Generationen Vorschub.

Ein weiterer Kritikpunkt der zusätzlichen Kreditspielräume ist zum einen – im Vergleich zu einer Steuer – die dadurch relativ widerstandslose Verfügbarkeit von weiteren Haushaltsmitteln. Sparsamkeit, die Wirksamkeit und Effizienz des Mitteleinsatzes werden dadurch eher nicht gefördert. Zum anderen sind die Verwendungen dieser Kreditmittel zwar zweckgebunden. Allerdings ermöglichen diese zusätzlichen Gelder Entlastungen an anderer Stelle des Haushaltes. Wenn Schulen und Verkehrswege zukünftig schuldenfinanziert werden, werden in gleichem Umfang reguläre Haushaltsmittel frei, die in konsumtive Verwendungen wie zusätzliches Personal, Lohnerhöhungen und Sozialausgaben fließen können. Haushaltsumschichtungen, Einsparungen und die Wettbewerbsfähigkeit steigernde Reformen werden weniger dringlich. Je prekärer die Vorbereitung, desto grundlegender das Vorhaben?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. www.bundestag.de/ausschuesse/a08_haushalt/Anhoerungen/1056648-1056648



+++ EXKLUSIV FÜR SIE +++

Die Nachrichten des Tages.

Abonnieren Sie kostenlos den **JF-Newsletter** von Chefredakteur Dieter Stein!

Wir erleben dieser Tage eine Zeitenwende nach der anderen. Gewißheiten werden jeden Tag in Frage gestellt. Gut, wenn man dann jemanden zur Seite hat, der die Dinge ordnet. Und das ganz ohne Zwangsgebühr.

Jetzt anmelden:

jf.de/newsletter

